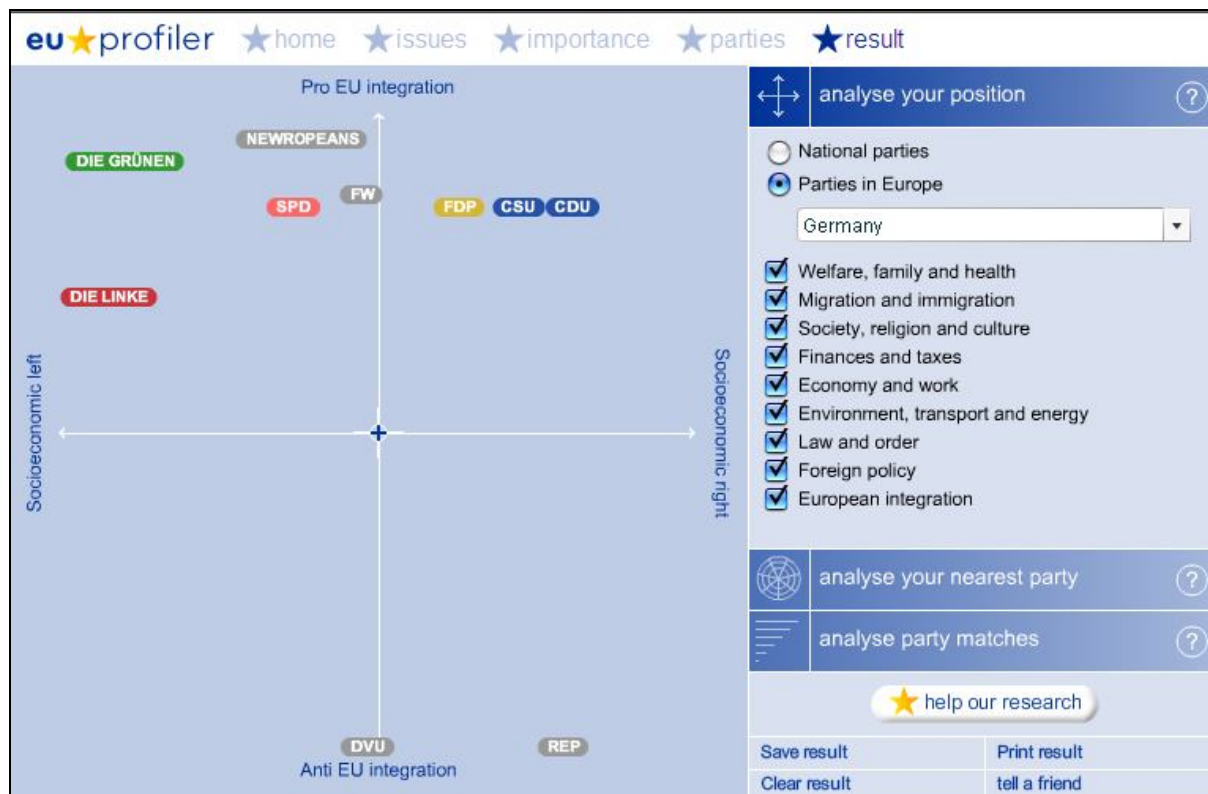


DIE DEUTSCHE POLITISCHE LANDSCHAFT¹



Der EU Profiler weist für das deutsche politische Spektrum zehn Parteien aus, von denen sechs auch im Deutschen Bundestag vertreten sind.

Bezüglich der Zustimmung zur Europäischen Integration tut sich ein breiter Graben im deutschen Parteiensystem auf. Während alle demokratischen Parteien die Europäische Integration klar befürworten, lehnen die beiden rechtsextremen Parteien – Deutsche Volkspartei (DVU) und Republikaner (REP) – die Europäische Union massiv ab. Trotz der breiten Zustimmung im demokratischen Lager muss hinsichtlich der LINKEN eine Differenzierung vorgenommen werden. DIE LINKE unterstützt zwar generell den Gedanken einer Europäischen Integration, lehnt jedoch den Lissaboner Vertrag und die ihrer Ansicht nach neoliberale politische Ausrichtung der Europäischen Union ab. Diese Haltung spiegelt der EU Profiler mit der Positionierung der LINKEN wieder. Trotz dieser Differenzierung zeigt sich aber bei den etablierten Parteien ein breiter Elitenkonsens, welcher die Europäische Integration deutlich befürwortet.

Auf der sozioökonomischen Rechts-Links-Achse, zeigt sich mit der CDU, CSU und FDP ein Cluster bürgerlicher Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Auf der linken

¹ Diese Graphik und ihre Beschreibung basiert auf der so genannten "politischen Landschaft" der Wahlhilfe "EU Profiler". Um die Parteien zu positionieren, hat das akademische Team des EU Profilers die Parteiprogramme der deutschen Parteien und andere Quellen analysiert und anhand der Stellungen des EU Profilers positioniert. Für weitere Details zum EU Profiler und der angewandten Methodik, besuchen Sie www.euProfiler.eu oder kontaktieren Sie Dr. Fabian Breuer (Fabian.Breuer@eui.eu).

Seite sind die Positionen der einzelnen Parteien recht verschieden. Während DIE LINKE am äußeren linken Rand des politischen Spektrums platziert wird, nimmt die SPD eine moderatere Position ein.

Die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** rang nach dem Ende der Rot-Grünen Regierung im Jahr 2005 um ihren parteipolitischen Kurs und rückte nach links. Nach dem Ende der Kanzlerschaft Gerhard Schröders führte die Ausrichtung des parteipolitischen Kurses und der Umgang mit der im Jahr 2007 neugegründeten Partei DIE LINKE zu erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen, die sich mittlerweile abgeschwächt aber noch nicht aufgelöst haben, trat der Parteivorsitzende Kurt Beck zurück.

Die Positionierung von **Bündnis 90/ Die Grünen** auf der Links-Rechts-Achse ist ebenfalls sehr interessant. Während ihrer Beteiligung an der rot-grünen Koalition von 1998 bis 2005 trugen die Grünen Arbeitsmarktreformen mit, welche eine Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen beinhalteten, um Anreize für die Erwerbstätigkeit zu schaffen. Nach dem Ende der Regierungsbeteiligung leitete die Partei jedoch wie die SPD einen Kurswechsel ein, welcher sich in der linken Positionierung auf der sozioökonomischen Achse Ausdruck verleiht.

Die stärkere Betonung des Sozialstaats durch SPD und Bündnis 90/ Die Grünen liegt vor allem am Erstarken der neuen Partei **DIE LINKEN**. Die Partei stellt einen Zusammenschluss der Protestbewegung „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) dar. Ihr elektoraler Erfolg gründet sich auf den Protest gegen den Sozialstaatsrückbau und die Globalisierung. Die Partei dient zum einen als Auffangbecken für enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschaftler und integriert zum anderen die Anhänger der ehemaligen sozialistischen Einheitspartei (SED) – Staatspartei der DDR – in das politische System. Die Partei vertritt eine klar linke Position und verbindet diese mit einer generell positiven, aber kritischen Haltung zur Europäischen Union. DIE LINKE löst den Elitenkonsens zur Europäischen Union zwar nicht auf, lässt ihn aber brüchiger erscheinen.

Die Schwesterparteien **Christlich Demokratische Union (CDU)** und **Christlich-Soziale Union (CSU)** verbindet trotz der parteiübergreifenden Streitigkeiten der letzten Monate eine deutliche programmatische Nähe. Sowohl die CDU als auch die CSU lehnen den Beitritt der Türkei in die Europäische Union ab. Mögliche Volksabstimmungen über das europäische Vertragswerk werden jedoch von der CSU unterstützt, wohingegen die CDU solche Referenden ablehnt. Die momentan kritisch geführte Diskussion der Europäischen Integration innerhalb der CSU verursachte allerdings noch keine starken Konsequenzen in deren Programmatik. Sie wird daher weiterhin als europafreundlich kodiert.

Die **Freie Demokratische Partei (FDP)** verbindet eine europafreundliche Haltung mit einer liberalen Wirtschaftspolitik. Trotz ihrer wirtschaftsliberalen Ausrichtung erlebt sie in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ein zuvor nicht gekanntes Umfragehoch. Sie ist zurzeit klar die drittstärkste Partei in der Bundesrepublik. Die FDP hofft auf eine Koalition mit den Unionsparteien nach der Bundestagswahl im September, scheut sich aber, eine sogenannte Ampelkoalition (SPD, FDP, Grüne) kategorisch auszuschließen. Der EU Profiler zeigt die inhaltliche Nähe der Unionsparteien (CDU und CSU) und der FDP deutlich auf. Die vor allem von der SPD ins Spiel gebrachte Ampelkoalition weist hingegen auf der sozioökonomischen Achse deutliche programmatische Unterschiede auf.

Es wurden zwei rechtsextreme Parteien in den EU Profiler aufgenommen. Sowohl die **Deutsche Volkunion (DVU)** als auch die **Republikaner (Rep)** attackieren die Europäische Integration in ihren Wahlprogrammen scharf. Sie lehnen die Europäische Union ab und befürworten ein sogenanntes „Europa der Vaterländer“, welches keinerlei

supranationale Strukturen aufweist. Die DVU zeigt Charakteristika einer Single-Issue-Partei, da der Bundespartei keinerlei Positionen bezüglich der Links-Rechts-Achse zugeordnet werden konnten. Ihre Programmatik beinhaltet fast ausschließlich Forderungen nach einer Restriktion der Zuwanderung und einer Abschaffung der Europäischen Union. Die Republikaner kombinieren indes eine europafeindliche Haltung mit einer rechtsgerichteten Wirtschaftspolitik. Beide Parteien sind zurzeit weder im Deutschen Bundestag noch im Europäischen Parlament vertreten.

Nach ihrem Erfolg bei der bayrischen Landtagswahl im Jahr 2008, treten die **Freien Wähler (FW)** nun erstmals bei einer Europawahl an. Ihre Programmatik rückt vor allem die kommunalen Auswirkungen der Europäischen Integration in den Fokus. Trotz ihrer Kritik an der Bürokratie der Europäischen Union und ihrer Forderung nach einer Stärkung des Grundsatzes der Subsidiarität sind sie europafreundlich. Die Freien Wähler befürworten die Idee der Europäischen Integration, fordern aber eine Demokratisierung der Europäischen Union. Die Teilnahme der Freien Wähler an der Europawahl könnte insbesondere der CSU Stimmen kosten, die nun in Gefahr gerät, an der bundesweiten 5%-Hürde zu scheitern.

Ein weiterer Newcomer bei der Europawahl sind die **Newropeans**. Die Newropeans verstehen sich als erste transeuropäische Bewegung, wollen in allen Mitgliedstaaten unter gleichem Name und mit gleichem Programm antreten und setzen sich für eine Demokratisierung der Europäischen Union sowie eine Vertiefung des Integrationsprozesses ein. Sie sind die europafreundlichste Partei im politischen Spektrum der Bundesrepublik. Sie überflügeln mit ihren Positionen sogar den sehr europafreundlichen Elitenkonsens der nationalen Parteien der Bundesrepublik.